

Fraktionserklärung vom 10. Februar 2010 zu den Krawallen in Zürich

Verstärkung der Polizeikräfte nötig

Die massiven Verwüstungen vom vergangenen Wochenende, verursacht durch Randalierer, angeführt von linksautonomen Chaoten, haben das Thema Gewalt in der Stadt Zürich auf die politische Agenda gebracht. Diese Eruption kam für die Polizei und die Öffentlichkeit überraschend. Die vorhandenen Polizeikräfte haben einen verhältnismässig guten Job unter schwierigsten Bedingungen gemacht.

Hoffentlich haben die Ereignisse des Wochenendes auch der rot-grünen Mehrheit nun vor Augen geführt, dass in dieser Stadt mehr Polizeikräfte nötig sind. Noch in der Budgetdebatte wurde die von bürgerlicher Seite vorgebrachte Forderung zum Ausbau der Polizeikräfte für einen neuen sogenannten Brennpunkt abgelehnt. Braucht es zuerst solch massive Schäden bis Rot-Grün zur Einsicht kommt? Ist die Einsicht tatsächlich da, oder wird aus opportunistischen Wahlkampfüberlegungen jetzt einer Verstärkung der Polizeikräfte zugestimmt? Es braucht hier und heute das klare Bekenntnis zu einer Verstärkung der Polizeikräfte an der Front. Die FDP wird hierzu eine Motion einreichen und zählt auf die breite Unterstützung im Rat.

Bei der Frage der Finanzierung kommt sofort der Einwand zu hoher Kosten. Die FDP hat bereits im September eine Überprüfung der Aufgaben und Strukturen im Sinne der Effizienz via Postulat gefordert. Heute stellen wir Antrag auf Dringlichkeit. Anfänglich wollte die SP diese Forderung unterstützen, hat dann aber in letzter Minute ihre Meinung geändert. Die Verantwortung für die Sicherheit in dieser Stadt liegt immer noch bei dieser Partei. Sie muss diese nun wahrnehmen und die Forderungen der FDP unterstützen. Denn die Prioritätensetzung beim Einsatz von Polizeikräften bedarf einer Überprüfung. Harmlose Wahlkämpfer/innen christlicher und anderer Parteien mit einem halben Dutzend Polizeibeamten zu überprüfen, vom Platz zu jagen und zu verzeigen, ist angesichts des Gewaltpotentials in dieser Stadt wahrlich keine Heldentat.

Priorität muss die Sicherheit der Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt, aber auch der Schutz des Eigentums haben. Diese Sicherheit ist eine Grundaufgabe des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. Die bisher im Wahlkampf vorgebrachten rot-grünen Forderungen nach mehr staatlicher Lebenshilfe gehören in den Bereich individueller Verantwortung. Der Staat soll sich auf die wesentlichen Aufgaben konzentrieren und dazu gehört an vorderster Front die Sicherheit im öffentlichen Raum.

Für Fragen:

Urs Egger, Präsident, 079 346 49 93

Michael Baumer, Fraktionspräsident 079 447 43 93